

Aus: «De Ware Tijd» Online-Ausgabe vom 5. Mai 2007

Der Fall der zwölf Saramacca Clans

## Starke Delegationen gehen nach Costa Rica

von Eric Mahabier

**Paramaribo – Zwei starke Delegantionen reisen morgen Sonntag nach San José, Costa Rica, um an der zweitägigen Anhörung vom Interamerikanischen Menschenrechtshof in der Sache Zwölf Saramacca Clans gegen den Staat Suriname.**



Generalstaatsanwalt Subhaas Punwasi

Die zwölf lo's (Clans), die geeint sind in der Vereinigung der Saramaccaner Wortführer (Vereniging van Saramacaanse Gezagsdragers (VSG) - oder Association of Saramaka Authorities (ASA) wollen vom Staat Suriname rechtliche Anerkennung über ihre jahrhunderte lange bewohnten und genutzten Gebiete. Die Delegation des Staates wird geleitet durch den Generalstaatsanwalt Subhaas Punwasi. Weitere Delegierte: der Menschenrechts-Experte Eric Rudge, der Jurist Hans Lim A Po, Monique Pool, Dolmetscherin, Bezirks-Kommissar Rudy Strijk, Wald-Experte René Somopawiro, Hauptkapitän Albert Aboikoni, Kultur-Anthropologe Salomon Emanuels und Menschenrechtsexperte Margo Waterval. «Wir werden die Sichtweise des Staates auslegen», sagt Punwasi gegenüber «De Ware Tijd». Aufgrund des Zeitdrucks kann er in dieser Phase nicht näher auf die Sache eingehen. Er gibt an, dass sich der Staat vor dem Gericht gegen zwei Parteien verteidigen muss: die VSG/ASA und die Interamerikanische Menschenrechtskommission IACHR, die die Klage der zwölf Clans im letzten Jahr beglaubigt zur Weiterbehandlung erklärt hat. Nach der Rückkehr will Punwasi aber weiter Auskunft geben.



Hugo Jabini

Die Delegation der zwölf lo's besteht aus Belfon Aboikoni, Gaama und Stammesoberhaupt der Saramaccaners, Eduard Wanze Head Captain und Vorsitzter von VSG/ASA, Captain Caesar Adjako und Hugo Jabini von der VSG/ASA. Sie wird unterstützt durch die ausländischen Juristen David Badilla und Furges Mackay. «Wir haben eine starke Belegung», sagt Jabini der als Begleiter mitreist. Er verweist in diesem Rahmen nach der beglaubigten Erklärung der Sache im letzten Jahr.

Jabini zufolge hat die Kommission dem Staat empfohlen innert 90 Tagen die Rechte der Stämme rechtlich anzuerkennen. «Der Staat hat allerdings nichts getan, denn die Aussage der Kommission war nicht bindend.» Als Gegenreaktion sind die zwölf lo's nun vor das Gericht gegangen, damit das Gutachten bindend ist. «Wir wollen, dass der Hof zur Aussprache bringt, dass der Staat die Rechte, die aufgrund der internationalen Verträge basieren, verletzt hat, sagt Jabini. Er betont jedoch, dass sie «keinen Staat im Staat» errichten wollen. Er führt an, dass durch die Aktivitäten von Unternehmen, welche vom Staat Konzessionen erhalten haben in ihrem Gebiet grosse Schäden angerichtet werden.